

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Heussallee 2-10, 5300 Bonn 12

Postfach: 120 408
Telefon: (0 22 21) 21 90 28/30
Telex: 05 85 546-48 ppbn d

Inhalt

Bruno Kreisky, Bundeskanzler der Republik Österreich, ermuntert die künftig direkt gewählten Europa-Abgeordneten, die traditionellen parlamentarischen Kompetenzen zu beanspruchen.

Seite 1 bis 3

Horst Seefeld MdB/MdEP fordert die Verkehrsminister der EG-Staaten auf, sich zu einem "Kraftakt" zugunsten einer gemeinsamen Verkehrspolitik aufzuraffen.

Seite 4

Klaus-Henning Rosen setzt sich mit der Kritik des Zentralkomitees der deutschen Katholiken an der Behandlung des Themas "Extremisten und öffentlicher Dienst" auseinander.

Seite 5/6

Herausgeber und Verleger:
Sozialdemokratischer
Pressedienst GmbH
Godesberger Allee 108-112
5300 Bonn 2
Telefon: (0 22 21) 37 66 11

34. Jahrgang / 16

23. Januar 1979

Europa - eine Aufgabe der Sozialdemokratie

Die europäische Integration aus österreichischer Sicht

Von Bruno Kreisky
Bundeskanzler der Republik Österreich

"Die europäische Integration wird nur dann eine Zukunft haben, wenn sie auch zur Integration der europäischen Demokratien führt - oder sie wird keine haben. Nicht also den Experten der Büros oder den Syndici der Kartelle bleibt die politische Willensbildung vorbehalten, sondern sie muß den gewählten Repräsentanten der europäischen Demokratien überlassen bleiben." Als ich diese Sätze vor fünfzehn Jahren schrieb, war noch nicht abzusehen, wie sich die EWG und die damals erst seit drei Jahren bestehende EFTA entwickeln werden. Inzwischen ist die EWG zu einem Stabilitätsfaktor der internationalen Politik geworden, dessen Bedeutung weit über die Grenzen unseres Kontinents hinausgeht. Die Konferenz von Helsinki schließlich gab den Impuls zu einer noch umfassenderen europäischen Zusammenarbeit, deren Funktionieren für das an der Schnittlinie west-östlicher Interessen gelegene neutrale Österreich von vitaler Bedeutung ist.

Mit der direkten Volkswahl zum Europaparlament der EG-Staaten im Juni dieses Jahres wird aus der auf manchen

Gebieten schon sehr weitreichenden wirtschaftlichen Integration heraus ein erster, bedeutsamer Schritt zur politischen Integration Europas getan. Was noch vor einem halben Jahrhundert, als die SPD auf ihrem Heidelberger Parteitag 1925 die Vereinigten Staaten von Europa in ihr Programm aufnahm, ein bestenfalls belächelter Wunschtraum war, ist heute zu einem realen, wenn auch nicht von heute auf morgen erreichbaren politischen Ziel geworden.

Der fortgeschrittene Prozeß der europäischen Integration ist ein Ergebnis der wirtschaftlichen Entwicklung der modernen Industriegesellschaft, aber auch der sich immer stärker durchsetzenden Idee des Internationalismus, wie ihn die Sozialistische Internationale und die sozialdemokratischen Parteien in den europäischen Staaten vertreten. Der "Bund der sozialdemokratischen Parteien der Europäischen Gemeinschaft" bildet den besten Garanten dafür, daß ein Vereinigtes Europa, um mit Willy Brandt zu sprechen, nicht ein "Europa der Chefetagen und unüberschaubaren Bürokratien" wird, sondern ein Europa der sozialen Demokratie, in dem sich die arbeitenden Menschen zu Hause fühlen. Die Politik der EG-Kommission und der übrigen Brüsseler Institutionen transparent zu machen und die demokratischen Kontrollrechte einer gewählten Volksvertretung auszuüben, wird eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Europaparlaments sein.

Was nun die Debatte um den sogenannten Supranationalismus des Europaparlamentes betrifft, so glaube ich, daß atavistische Ängste und Nationalismen einzelner politischer Gruppen in ihren Ländern die frei gewählten Vertreter der europäischen Völker nicht davon abhalten werden, die für alle Parlamente der Welt traditionellen Kompetenzen, etwa auf dem Gebiet des Haushalts- und Kontrollrechts und der Gesetzesinitiative, zu beanspruchen. Eine der Voraussetzungen dazu wird allerdings auch eine entsprechende repräsentative Auswahl der Europa-Abgeordneten sein.

Interessanterweise wurde die Frage, ob das Europaparlament in die Befugnisse der einzelnen Staaten eingreifen darf, gerade in jenem Land schon vor einiger Zeit verfassungsrechtlich entschieden, in dem die Wogen der Erregung gegenwärtig am höchsten

gehen. Der Kassationsgerichtshof der französischen Republik hat 1975 in einer grundsätzlichen Erkenntnis festgestellt, daß die Römischen Verträge eine eigene Rechtsordnung begründeten, die der Rechtsordnung der Mitgliedstaaten integriert sei. Das bedeute eine definitive Begrenzung der souveränen Rechte der Staaten, wogegen nachträglich kein einseitiger Akt geltend gemacht werden könne.

In manchen Ländern, auch in Österreich, zeigt man sich zuweilen besorgt darüber, daß ein freigewähltes Europaparlament in Straßburg das Ansehen und die politische Funktion der Konsultativversammlung des Europarates beeinträchtigen und diese gesamteuropäische Institution abwerten könnte. Ich halte solche Befürchtungen für kaum gerechtfertigt. Vielmehr glaube ich, daß der Europarat als einzige Versammlung, in der alle europäischen Staaten vertreten sind, auch weiterhin eine wichtige Rolle spielen wird.

Schließlich aber ist die europäische Integration innerhalb und außerhalb der EG auf das engste mit der Politik der Sozialistischen Internationale und der sozialdemokratischen Parteien in den europäischen Ländern verbunden, die hier ihre große historische Bewährungsprobe zu bestehen haben. Europa sollte und könnte eine Organisation der Sozialdemokratie sein. (-/23.1.1979/vo-he/hgs)

+

+

+

Zwanzig Jahre - und nur kleine Schritte

Wiederherstellung des Vertrauens in gemeinsame EG-Verkehrspolitik tut not

Von Horst Seefeld MdB/MdEP

Nach zwanzig Jahren der Politik der kleinen Schritte und des dauernden Streites um Nebensächlichkeiten ist das Vertrauen der Bevölkerung in das Zustandekommen einer gemeinsamen EG-Verkehrspolitik schwer erschüttert, wenn nicht völlig erloschen. Dies führt dazu, daß bei jedem neuen Vorschlag die Betroffenen die Frage stellen: Warum das mir? Die Eisenbahnen mußten ihre Tarife ändern, bei Straße und Binnenschifffahrt geschah nichts. Dem Straßenverkehr wurde eine Sozialharmonisierung auferlegt, Eisenbahn und Binnenschifffahrt zogen nicht nach. Die Sozialharmonisierung auf der Straße wurde unter dem eigentlich vertragsfremden Sicherheitsargument vorangetrieben. Die für die Kostenharmonisierung ebenso wichtige Steueranpassung blieb aus.

Es geht dabei nicht nur um die Bevölkerung der Mitgliedstaaten, der diese Politik erklärt werden muß, damit sie sie im demokratischen Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozeß gutheißen kann. Es geht auch um die Glaubwürdigkeit der Gemeinschaft nach außen. Wie kann man in Handels- und Verkehrsverhandlungen den Vertretern anderer Länder gegenüber treten, wenn man im Innern der Gemeinschaft keinerlei Fortschritte aufzuweisen hat?

Wenn sich bei Verhandlungen etwa mit der Schweiz und Österreich, von deren Zusammenarbeit wegen ihrer geographischen Lage die Gemeinschaft so stark abhängig ist, Schwierigkeiten über Schwierigkeiten auf türmen, so kommt das nicht etwa daher, daß diese Nachbarländer nicht guten Willens wären. Im Gegenteil, sie haben bei jeder Gelegenheit bewiesen, daß sie vernünftig geplante und sorgfältig bedachte Vorschläge der Gemeinschaft mitübernehmen und auch in ihre Politik einführen. Wie aber soll die Schweiz mit der Gemeinschaft über die Mannheimer Akte verhandeln, wenn unsere eigene Binnenschifffahrtspolitik so aussieht, wie sie aussieht? Wie soll Österreich mit der Gemeinschaft über die Abgeltung von Wegekosten verhandeln, wenn unsere Bemühungen um die Wegekostenregelung in der Gemeinschaft seit 20 Jahren keinen Schritt vorangekommen sind und bei uns die meisten selbst nicht mehr daran glauben, daß wir irgendetwas zustande bringen werden?

Die Gemeinschaft hat nach Innen das Vertrauen in ein Zustandekommen einer Verkehrspolitik verspielt, und sie hat nach außen keinerlei Glaubwürdigkeit gewonnen.

Es ist deshalb eine Aktion der Gemeinschaft dringend erforderlich, um Vertrauen und Glaubwürdigkeit wiederherzustellen. Diese Aktion kann nur durch die Annahme eines langfristigen Aktionsplans mit fest definierter Zielvorstellung durch den Ministerrat bestehen. Die Zeit drängt. Die Verkehrsminister der neun EG-Länder sollten sich endlich zu einem solchen "Kraftakt" aufraffen. (-/ 18.1.1979/h1/hgs)

+

+

+

Leitbild: Friedhofsruhe

Zur Kritik des ZdK an der Behandlung des Extremistenthemas

Nachdem von protestantischer Seite mit der Erklärung des Rates der EKD ein entscheidender Anstoß zur Diskussion um die Abwehr von Extremisten ausgegangen war, dürfte man auf den Beitrag der katholischen Kirche zu dieser Problematik gespannt sein. Ein solcher Beitrag liegt jetzt mit dem Beschluß des Präsidiums des Zentralkomitees der deutschen Katholiken vom 2. Januar 1979 vor. Anders als der Rat der EKD hatte das ZdK die Möglichkeit, zu den inzwischen vorgelegten Grundsatzbeschlüssen der Parteien Stellung zu beziehen. Geht man davon aus, daß SPD und FDP im vergangenen Jahr mit ihren Parteitagsbeschlüssen Eckpunkte für die weitere Diskussion markiert haben, dann erstaunt, daß diese vom ZdK nicht zur Kenntnis genommen werden. Vielmehr richtet sich die Argumentation entweder gegen marginale Meinungsäußerungen oder aber gegen Positionen, die im Verlaufe der Diskussion längst verändert worden sind.

Für den, der sich mit dem Extremistenthema befaßt, sollte außer Streit sein, daß es die Absicht aller demokratischen Parteien ist, den öffentlichen Dienst vor dem Eindringen derer zu schützen, die ihn als Hebel zum Abbau oder Umsturz unserer demokratischen Ordnung benutzen wollen. Vor diesem Hintergrund will die SPD das Verfahren zur Überprüfung der Verfassungstreue so neugestalten, daß dem Ziel - Fernhaltung von Extremisten - genügt wird, ohne daß zugleich die große Mehrheit der verfassungstreuen Bewerber durch ein von der Vermutung mangelnder Verfassungstreue ausgehendes Prüfverfahren diskriminiert und ihr Vertrauen in den von allen Demokraten gemeinsam getragenen Staat und seine Institutionen erschüttert wird.

Die SPD teilt die Einschätzung des ZdK, daß die um dieses Thema geführte Auseinandersetzung eine Belastung für die politische Diskussion in unserem Lande darstellt. Nicht verständlich ist aber die Sorge des ZdK, der eigentliche Gegenstand der Diskussion sei immer unklarer geworden. Gegenüber allen polemischen Angriffen und Verzeichnungen hat die SPD stets deutlich gemacht, daß über Umfang und Reichweite der Treuepflicht des öffentlichen Dienstes kein Streit bestehen kann, daß es allein darum geht, "wie ihre Erfüllung festgestellt wird". Von daher ist die Unterstellung des ZdK absurd, Eltern sollten gezwungen werden, "die Erziehung ihrer Kinder Lehrern zu überlassen, die unsere Verfassung ... bekämpfen". Wenn also am Grundsatz der Verfassungstreue nichts geändert werden soll, dann ist auch die These des ZdK falsch und aus Erklärungen beider Parteien nicht zu belegen, Verfassungstreue solle künftig nur noch im Sicherheitsbereich verlangt werden. Es gibt schließlich auch keine kontroversen Positionen in der Frage der Beweislast.

Ausgangspunkt der Diskussion - und hier besteht mit dem ZdK Einigkeit - war die Sorge, daß es in der Folge des Ministerpräsidentenbeschlusses zu einer Einschränkung der persönlichen Freiheit und der Rechtsstaatlichkeit gekommen sei. Wer nun erwartet, das ZdK werde sich mit diesem den Kern des Streits bildenden Punkt auseinandersetzen, bekommt keine Hilfe. Die Erklärung verliert sich in einem verfassungsrechtlichen Exkurs über Verfassungstreue im allgemeinen ("Verfassungstreue ist Bürgerpflicht") und des öffentlichen Dienstes im besonderen. Verniedlichend wird an einer

einzigsten Stelle eingeräumt, es sei "durch Fehler und Ungeschicklichkeiten zu mancherlei Mißhelligkeiten gekommen. Mancherorts (sei) dadurch eine Stimmung von Unsicherheit und Mißtrauen entstanden".

Anstelle einer Aussage zu diesem gesellschaftspolitisch doch nicht unerheblichen Problem folgt aber die Rüge an die, die angeblich diese Stimmung schüren. Als Ausweg aus der registrierten Stimmung schlägt das ZdK deshalb nicht etwa vor, das Prüfungsverfahren zu ändern, sondern verlangt denen entgegenzuwirken, die angeblich "mit totalitär vorgeprägten Begriffen wie 'Gesinnungsschnüffelei' und 'Berufsverbot' junge Menschen in einen Gegensatz zur Verfassungsordnung drängen." Kein Wort dazu, daß dieser Gegensatz zur Verfassungsordnung auch anders entstanden sein könnte. Kein Wort zu der mangelnden Bereitschaft junger Menschen, sich politisch oder anderwärts zu engagieren. Kein Wort zur Orientierungslosigkeit der Jugend. Stattdessen werden die Regierungen davor gewarnt, "aus Opportunitätsgründen oder unter Anpassungsdruck nach Lösungen zu suchen, die sich gerade noch an den Grenzen der Verfassungsmäßigkeit entlang tasten".

Nach Auffassung der SPD hat die Behandlung des Extremistenproblems ein erschreckendes Defizit an Toleranz, jener Grundtugend der Demokratie, offenbart. Es besteht der Eindruck, daß vorschnell allen denen, die über gesellschaftliche Veränderung nachdenken, die Gemeinsamkeit aufgekündigt werden soll. Wir Sozialdemokraten sind nicht bereit, das hinzunehmen. Das aber scheint die Verfasser der ZdK-Erklärung zu stören.

Nur wer die Veränderbarkeit unserer Gesellschaft und die Notwendigkeit dazu leugnet, kommt dazu, die Rechte der Angehörigen des öffentlichen Dienstes zu beschneiden, indem aus der Treuepflicht des Beamten die Forderung abgeleitet wird, "sich bei politischer Betätigung aus Rücksicht auf seine Pflichten gegenüber der Allgemeinheit zurückzuhalten". Von daher wird es für das ZdK zum Problem, "die individuelle Ausrichtung der Grundrechte mit den Pflichten gegenüber der Allgemeinheit in Balance zu bringen, damit die politische Ordnung nicht... in die Anarchie abrutscht". Alles, was die geltende Ordnung in Frage stellt, wird als "radikaldemokratisch" und mit dem Grundrechtsverständnis des Grundgesetzes im Widerspruch abgetan. Der kritische Bürger, immer beschworen in Sonntagsreden, bleibt so auf der Stecke. Für den öffentlichen Dienst ergibt sich daraus das Leitbild des angepaßten, vor allem aber stillen Staatsdieners. Ob sich der Bürger den wünscht, ob er von ihm die Lösung seiner aktuellen, vor allem künftigen Probleme erwarten kann, muß bezweifelt werden.

Klaus-Henning Rosen
(-/23.1.1979/vo-he/hgs)

+

+

+